

Flugblatt

Nr. IV.

Vor der entscheidenden Stunde.

Ein Wort an die deutschen Wähler.

Der Wahltag steht bevor. Jeder Wähler hat, ehe er seine Stimme abgibt, nochmals ernstlich mit sich zu Rathe zu gehen, für wen er sich entscheiden soll. Denn schwerer als jemals wiegt bei dieser Wahl seine Stimme. Jeder Wähler ist verantwortlich für das, was in den nächsten drei Jahren im deutschen Reich geschehen wird. Ueberlegen wir also nochmals, um was es sich bei diesen Wahlen handelt!

1.

Die Regierungen wollen die Ausschreitungen der Socialdemokraten bekämpfen. Wollen die Liberalen das etwa nicht? Was haben denn die Conservativen bis jetzt gegen die Socialdemokraten gethan? Denken wir doch einmal ein paar Jahre zurück! Wer hat die Socialdemokraten gewähren lassen und wer hat sie bekämpft? Gerade unsere liberalen Abgeordneten sind es gewesen, welche immer in erster Reihe gegen die Ausschreitungen der Socialdemokraten aufgetreten sind. Sie haben immer vor ihnen gewarnt, sie haben nie mit ihnen geliebäugelt.

Wenn es also den Kampf gegen die Socialdemokraten gilt, dann werden die Liberalen vor Keinem zurückstehen. Liberale Abgeordnete waren es, welche noch im letzten Reichstag die Regierungen aufgefordert haben, die ganze Strenge der bestehenden Gesetze gegen die Ausschreitungen der Socialdemokraten anzuwenden und die letzten Wochen haben wohl jedem Bürger bewiesen, daß sich auch mit den bestehenden Gesetzen, wenn man sie nur schnell und kräftig anwendet, schon viel erreichen läßt. Soweit sie aber nicht ausreichen, so werden auch die liberalen Abgeordneten den Regierungen noch die weiteren gesetzlichen Vorschläge geben, die ihnen helfen.

In diesem Punkte also besteht kein Zwiespalt zwischen den Freunden der Ordnung und des Vaterlandes. Darüber was geschehen muß, werden Bundesregierungen und Reichstag sich im Interesse des Vaterlandes sicherlich verständigen.

Die Wähler aber werden gut daran thun, vor diesem wichtigen Wahlacte sich klar zu machen, daß der Reichstag eine große Anzahl anderer wichtiger Beschlüsse zu fassen hat, welche über das Wohl und Wehe des deutschen Reiches entscheiden sollen.

Das wissen auch die Conservativen sehr gut und sie sind offenberzig genug, ihre geheimen Wünsche und Pläne

jezt ans Licht zu bringen; denn die Gelegenheit scheint ihnen diesmal besonders günstig zu sein.

Was aber wollen die Conservativen? „Die liberalen Theorien müssen bekämpft werden!“ — ruft die berliner „Kreuzzeitung;“ die „liberalen Gesetze“ haben Leiden über unser Land, und unsere Geschäfte ins Stoden gebracht. Alles Uebel kommt von der „schrankenlosen Freizügigkeit“, von der „Gewerkefreiheit“ und „Aktienfreiheit“, die uns die Liberalen gebracht haben. Also fort mit diesen Gesetzen!

„Die Unzufriedenheit der liberalen Theorien muß bekämpft werden“ sagt ein Herr von Friesen mit 53 conservativen Genossen aus dem Königreich Sachsen, in seinem Wahlauftruf. „Das Leben der Fürsten, die Existenz des Staates, das Leben und das Eigenthum eines jeden Einzelnen, werde mit rother Gewalt bedroht.“

Wählt Conservative! so verlangt das preussische Herrenhaus-Mitglied Graf Brühl. „Ihre Aufgabe wird es sein, die Reichsregierung zu unterstützen, überall wo sie liberale Tendenzen bekämpft, mögen sie Socialdemokraten, Fortschrittler oder Nationalliberale zu Trägern haben. Ihre Aufgabe wird es sein, der Reichsregierung entgegen zu treten, sollte diese dem Liberalismus huldigen wollen.“ „Der Liberalismus ist der giftige Baum, welcher mit der Wurzel ausgerottet werden muß!“

Mit solchen Plänen gehen die Conservativen in den Wahlkampf. Und das Alles soll noch kein Versuch zur Reaction sein? Diese Herren, die tollend bei Seite standen, als es galt, das Deutsche Reich zu beseligen und die nationale deutsche Politik des Fürsten Bismarck zu unterstützen, denen die Deutsche Fahne, die heute zu unserer Freude von dem Palast unseres Kaisers weht, früher ein Grauel war, die auch heute noch in vielen Gegenden des Reiches jeder nationalen Politik Widerstand leisten, sie glauben, daß ihre Zeit jetzt gekommen sei, daß sie mit dem freimüthigen deutschen Bürgerthume aufstehen und die Gesetzgebung ganz nach ihrem Willen lenken können. Ueberall suchen sie, selbst die gemäßigtesten freimüthigen Abgeordneten zu verdrängen und stramme Conservative nach ihrem Herzen durchzusetzen.

Kämen sie aber wirklich in großer Zahl in den Reichstag und hätten sie erst die Macht in der Hand — sie wären die Ersten, die dem Fürsten Bismarck ihre Bedingungen vorschrieben und wenn er sie nicht erfüllte, den Versuch machten, ihn zu stürzen.

Ob diese conservativen Herren sich wirklich einbilden, daß das Deutsche Volk ein so kurzes Gedächtniß hat, daß es alles vergessen haben sollte, was sie und ihre Gefinnungsgenossen stets erstreben?

2.

Nach den Wünschen dieser Conservativen soll also ageräumt werden, mit den liberalen Abgeordneten und mit den liberalen Gesetzen! Nur sie haben alles Unheil über das Reich gebracht.

Fragen wir aber doch einmal, wer hat diese liberalen Gesetze geschaffen? Waren es nicht die Regierungen mit dem Fürsten Bismarck an der Spitze, die alle diese Gesetze entworfen und in den Reichstag eingebracht haben? Haben denn jemals, die jetzt so viel geschmähten und verläumdeten Nationalliberalen, auf die man es bei den bevorstehenden Wahlen ganz besonders abzielen scheint, die Majorität im Reichstag gehabt? Kaum den dritten Theil desselben machten sie aus.

Aber noch mehr! Gerade die Gesetze, über welche heute am meisten von den Conservativen Ach und Weh gerufen wird, z. B. das Freizügigkeitsgesetz^{*)} und die neue Gewerbeordnung, sie sind nicht nur von den Regierungen eingebracht und gebilligt, sondern sie sind schließlich auch von dem ganzen Reichstag, von den Conservativen so gut, wie von den Liberalen, angenommen worden. Ist nicht ferner das Gesetz über die Coalitionsfreiheit der Arbeiter und das Gesetz über das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht, von den Fürsten Bismarck und den deutschen Regierungen in den Reichstag eingebracht und von **allen Parteien** angenommen?

Was also soll es heißen, wenn die Conservativen und wenn sogar die Zeitungen, welche sagen, daß sie die Politik des Fürsten Bismarck ganz besonders unterstützen, jetzt die Gesetze, die von ihm eingebracht und gefördert sind, schlecht machen und sie als die Quelle alles Übels darstellen? Soll man das noch Unterstützung der Regierungspolitik nennen? Glaubt man damit die Autorität der Staatsgewalt aufrecht zu erhalten?

Nichts als Erschauern und Verwirrung muß ein solches Geknurre in die Reihen der Wähler bringen, und es kann nur dazu dienen, die Autorität der gesetzgebenden Gewalt zu untergraben und das Vertrauen zu unserem Reiche zu erschüttern.

Daß unsere Gesetze, die schnell geschaffen werden mußten, um die Grundlagen unseres wiedererrungenen nationalen Staates zu schaffen und zu sichern, nicht mit Einemmale allen Bedürfnissen des Volkes gerecht werden konnten, das wissen auch die Liberalen und sie haben sich nicht geweigert, da wo die Verhältnisse eine Aenderung dieser Gesetze notwendig machten, darauf einzugehen.

Die halbamtlliche „Berliner Provinzial-Correspondenz“ sagt bezüglich der Gewerbeordnung: „Die Bestrebungen die Gewerbeordnung unter Berücksichtigung der hervorgetretenen praktischen Bedürfnisse zu verbessern, sollen in dem bis-

herigen Geiste fortgeführt werden, die Grundlagen aber der Gewerbeordnung sollen festgehalten werden.“

Nun gut! Damit sind auch die Liberalen einverstanden. Das ist keine leere Redensart, denn sie haben noch vor wenigen Wochen in dem aufgelösten Reichstag eine ganze Anzahl von wichtigen Aenderungen und Ergänzungen zur Gewerbeordnung beschlossen, welche die praktischen Bedürfnisse und die Wünsche unserer Handwerker und Fabrikanten berücksichtigen.

So werden die Liberalen auch in Zukunft handeln.

„Aber die Grundlagen der Gewerbeordnung sollen festgehalten werden“ — das wollen nach der halbamtllichen „Provinzial-Correspondenz“ auch die deutschen Regierungen.

Wenn die Kreuzzeitung und ihre conservativen Gefinnungsgenossen das ebenfalls wollten, — wozu dann der ganze Lärm über dieses und die anderen neuen Gesetze? Wozu dann der wüthende Kampf gegen alle Liberalen?

3.

Das Wichtigste, was den Reichstag in seiner nächsten Session beschäftigen wird, betrifft die **Finanzen** und die **Steuern**. Um diese dreht sich der Hauptstreit.

Es ist daher für jeden Wähler von sehr dringendem Interesse, ganz klar zu sehen: was wollen die Regierungen, was wollen die Conservativen und was wollen die Liberalen?

Die Berliner halbamtlliche „Provinzial-Correspondenz“ sagt: Die Regierung will eine „wirtschaftliche Reform.“ Von ihr erwartet sie eine „allseitige Erfrischung der finanziellen Verhältnisse des Reiches.“ Für die Regierung sei eigentlicher Grund und Zweck der Reform „nicht die Vermehrung der Steuerlast des Volkes,“ sondern

- 1) Selbstständigkeit der Finanzen des Reiches, Vermehrung der Einnahmen desselben durch Erhöhung der vorzugsweise geeigneten indirecten Steuern,
- 2) Verminderung der directen Steuern in den einzelnen Staaten und in den Kreis- und Communalverbänden.

Ueber diese Verminderung der directen Steuern und über neue nützliche Ausgaben weiß die „Provinzial-Correspondenz“ sehr schön zu reden. Freilich bezieht sie alles das, was sie sagt, zunächst nur auf Preußen und auf Verhältnisse, die im preussischen Landtage entschieden werden. Sie hat dabei also vorzugsweise die preussischen Wähler im Auge.

Da sollen nach der „Provinzial-Correspondenz“ in Preußen die unteren Stufen der Klassensteuer ganz von der Steuer befreit oder erleichtert werden; da soll ein namhafter Theil (wenigstens die Hälfte) der Grund und Gebäudesteuer an die kommunalen Verbände überwiesen werden, da sollen die Handwerker und die kleineren Handelstreibenden in der Gewerbesteuer erleichtert werden.

Da sollen ferner neue nützliche Anlagen gemacht und große Summen für das Unterrichtswesen verwendet werden. Welche vortreffliche Ausichten für Preußen!

Glauben denn die Wähler, die liberalen preussischen Landtagsabgeordneten werden alle diese schönen Dinge nicht gern annehmen und wenn es geht, noch viel mehr?

^{*)} In Preußen befehlen dieselben Bestimmungen, welche in dem Freizügigkeitsgesetze enthalten sind schon seit dem Jahre 1842 und im Königreich Sachsen schon seit dem Jahre 1834.

Haben doch die Liberalen das Meiste davon seit Jahren gefordert.

Sa, sie könnten noch manche andere Dinge, die wünschenswerth sind für Preußen, bei den Reichstagswahlen hinzufügen. Wenn man einmal z. B. von der Reform der Klassensteuer spricht, dann möge man auch an die sehr hoch belasteten Mittelklassen denken! Auch die kleineren Landwirthe, die Handwerker, die Beamten und ebenso die besser gestellten Arbeiter sind besonders hoch belastet, namentlich wegen der hohen Zuschläge für die Kommunen. Dies ist oft genug von liberalen Abgeordneten im Preussischen Abgeordnetenhaus nachgewiesen.

Gegen diese Versprechungen der „Provincial-Correspondenz“ also wird kein Mensch im Lande seine Stimme erheben. Hätten wir sie nur erst in Gesetzesparagrafen schriftlich vor uns! Wir können die Zeit kaum erwarten! Aber um Alles dies in Preußen zu machen, wird das Reich viel, sehr viel Geld durch neue Steuern schaffen müssen.

Rechnen wir es einmal ein wenig nach.

Zur Reform der Klassensteuer, wie sie die „Provincial-Correspondenz“ verkündet, sind 15 bis 23 Millionen Mark nöthig, zur Ueberweisung der Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunalverbände 29 Millionen Mark, zur Reform der Gewerbesteuer wenigstens 5 Millionen, zur Verbesserung des Unterrichtswesens nach den bis jetzt bekannt gewordenen Absichten etwa 20 Millionen.

Rechnen wir auch nur 15 Millionen für neue produktive Anlagen hinzu, so kommen wir auf einen Bedarf von 90 bis 100 Millionen Mark jährlich für Preußen.

Davon würden etwa 55 Millionen Mark zur Erleichterung der Steuerzahler an direkten Steuern, der Rest von 35 Millionen aber zur Vermehrung der Ausgaben verwendet werden.

Sollen aber in Preußen diese Reformen durchgeführt werden, so muß es vom Reich dazu den erforderlichen Betrag in indirekten Steuern jährlich erhalten. Um dies zu können, muß das Reich **jährlich 150 bis 200 Millionen Mark an indirekten Steuern mehr** als bis jetzt erheben.

Damit wird es aber noch nicht getan sein. Denn man wird auch für den Militair- und Marineetat mehr als bisher haben wollen. Die „Provincial-Correspondenz“ spricht davon zwar speziell nicht; aber sie hebt doch hervor, daß die Steuerreform nicht bloß das Geld für Erleichterungen in den Einzelstaaten, sondern auch für die höheren Ausgaben schaffen soll. Man sei doch offen und nenne das Ding, wie es ist: es handelt sich in der That auch um Aufbringung von mehr Steuern und Lasten als bisher.

Also etwa ein Paar Hundert Millionen Mark an neuen oder höheren, indirekten Steuern*) sollen im Reich aufgebracht werden: das ist die Frage, die den Reichstag und vorher auch die Wähler endlich beschäftigen soll.

Wie aber diese vielen Millionen aufgebracht werden sollen, darüber sagt die Berliner „Provincial-

*) Gegenwärtig erhebt das Reich aus allen indirekten Steuern (Zöllen, Verbrauchssteuern etc.) und der Wechselstempelsteuer im Ganzen etwa 300 Millionen Mark; also ebensoviel beinahe würde nöthig sein.

Correspondenz“ nur sehr wenig und gerade das ist es, was die Wähler am meisten interessiert; denn sie sind es, die, man mag es machen, wie man will, doch immer bezahlen müssen.

Die „Provincial-Correspondenz“ sagt, in erster Linie müsse der Tabak höher besteuert werden. Von ihm wird man „mit Leichtigkeit den größten Theil der wünschenswerthen Mehreinnahmen einbringen.“ Aber **wie** will man vom Tabak diese Mehreinnahmen erhalten und **wie viel** werden sie betragen?

Der Fürst Bismarck sagte im Reichstag, „sein Ideal sei das **Tabaksmonopol**“.

Die liberalen Abgeordneten im Reichstag waren gegen das Tabaksmonopol.

Kein Land der Welt hat eine so blühende Tabaksindustrie wie Deutschland. Sie beschäftigt, abgesehen von den Nebengewerben, die damit im Zusammenhange stehen, 110 bis 120,000 Arbeiter — also etwa die Hälfte der Arbeiter, die von der Großfeinindustrie leben, welche für sich jetzt so dringend verlangt, daß der Staat sie durch einen Zoll schützen soll.

Bei Einführung des Tabaksmonopols würde ein blühender, weitverzweigter Handel, eine blühende Industrie vernichtet, die Hälfte oder zwei Drittel der darin beschäftigten Arbeiter brodlos werden*), der Tabaksbau, von dem viele kleine Landwirthe in Deutschland leben, auf ganz unsichere Füße gestellt und der Regierung auf Gnade und Ungnade überliefert werden. Wie ein Sachverständiger ausgerechnet hat, sind bei der Tabaksindustrie 800,000 bis 1 Million Menschen in Deutschland direct oder indirect beschäftigt. Sie würden durch die Einführung des Monopols schwer betroffen werden; denn ihnen allen eine Entschädigung zu gewähren, ist ganz unmöglich. Und trotz dieses gewaltigen Eingriffs in unsere wirtschaftlichen Verhältnisse würden die Einnahmen aus dem Monopol namentlich in den ersten 10 Jahren sehr unsicher und keineswegs so hoch sein, wie sich die Freunde des Tabaksmonopols einbilden. In den ersten Jahren nach Einführung des Monopols gäbe es wegen der Entschädigungen nur sehr wenige Ueberflüsse. Oesterreich hatte aus dem Monopol im Jahre 1853 eine Einnahme von 25 Millionen und erst nach 20 Jahren eine Einnahme von 74 Millionen, die seit dem nicht gesteigert ist.

Und glaubt man denn: Der Steuerzahler würde die Einführung des Monopols nicht merken? In Frankreich kostet das Pfund ordinärer Rauchtobak 4 bis 5 Mark, bei uns in Deutschland 40 bis 60 Pfennige! Das ist denn doch ein Unterschied, der wahrhaftig zu merken ist.

Also man sage uns doch erst klar und deutlich, **durch welche neuen Steuern** man die Hunderte von Millionen im Reich aufbringen will.

4.

„Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches“. Das wollen mit den Regierungen auch die Liberalen. Die nationalliberalen Abgeordneten haben das schon im Jahre 1868 verlangt, aber sie verlangten zugleich auch

*) In Oesterreich waren 1872 beim Tabaksmonopol 26,000, in Frankreich 16,000 Arbeiter beschäftigt.

die volle **Sicherheit** dafür, daß nicht bloß neue Lasten und mehr Steuern im Reiche geschaffen würden, sondern auch gleichzeitig Erleichterungen in den Einzelstaaten.

Bis jetzt sind aber noch keine Gesetze von den Regierungen im Reichstage vorgelegt worden, welche neben den höheren Steuern auch die gewünschten Steuererleichterungen sicher stellten.

Im Jahre 1869 brachten die Bundesregierungen ein ganzes Bouquet von acht neuen Steuern, nur um das angebliche Deficit in Preußen zu decken. Die liberale Majorität lehnte die Steuern ab und es zeigte sich nachher, daß das Deficit auch ohne die neuen Steuern zu decken war.

Im Jahre 1875 brachten die Bundesregierungen wieder zwei Steuerprojekte: die Erhöhung der Biersteuer und die Steuer auf Schlussscheine u. Von Steuererleichterungen war auch dabei keine Rede; die neuen Steuern sollten nur dazu dienen, daß die Matrikularbeiträge, welche die Einzelstaaten an das Reich zahlen, nicht erhöht würden. Die Liberalen im Reichstage wiesen nach, daß die neuen Steuern nicht nöthig wären und daß man die Matrikularbeiträge auch nicht zu erhöhen nöthig hätte. Die neuen Steuerprojekte wurden nicht angenommen.

In der letzten Session des Reichstags kamen wiederum zwei große Steuerprojekte: die Erhöhung der Tabaksteuer und eine neue Stempelsteuer auf Schlussscheine. Aber auch sie brachten nur eine Steuererhöhung und eine neue Steuer, ohne die in Aussicht gestellte Reform mit den dazu gehörigen Steuererleichterungen. Selbst die Conservativen sahen ein, daß man für diese Steuerprojekte nicht stimmen könne.

Die Liberalen wollen eine Steuerreform, sie sind auch nicht gegen die Erhöhung geeigneter indirekter Steuern, aber sie verlangen, daß gleichzeitig der Erlaß an direkten Steuern in den Einzelstaaten gesetzlich sichergestellt werde.

Die Liberalen hängen auch nicht an den Matrikularbeiträgen; aber sie wollen in die Beseitigung derselben nur dann einwilligen, wenn dem Reichstage das jährliche Einnahmewilligungsrecht, welches derselbe jetzt verfassungsmäßig hat, verbleibt.

Die Conservativen sagen, das Einnahmewilligungsrecht des Reichstages sei überflüssig. Auch der Fürst Bismarck hat einmal erklärt, der Reichstag könne sich ja schlimmsten Falls mit dem Ausgabebewilligungsrecht begnügen. Die Liberalen sind nicht dieser Ansicht. Sie halten sich in ihrem Gewissen für verpflichtet, ein so wichtiges

Necht, welches die deutsche Verfassung der Volksvertretung gewährt hat, nicht preiszugeben.

Daß das Einnahmewilligungsrecht ein sehr wirksames Mittel in der Hand des Reichstages ist, beweisen die letzten 4 Jahre. Nur dadurch ist es dem Reichstag möglich gewesen, es zu bewirken, daß in den letzten vier Jahren 79 Millionen Mark weniger an Matrikularbeiträgen von den Einzelstaaten erhoben wurden, als die deutschen Regierungen es wollten.

Gleichwohl wird man dem Reichstage nicht den Vorwurf machen können, daß er den Regierungen nicht Alles bewilligt habe, was zur Sicherheit und Erhaltung der Machtstellung Deutschlands notwendig war. Sind doch die Ausgaben für das Militär seit dem Jahre 1872 um 80 Millionen Mark und die Ausgaben für die Marine um 13 Millionen Mark erhöht!

Die Liberalen im Deutschen Reichstag haben freudig die großen, immer unvergesslichen Verdienste des Fürsten Bismarck anerkannt, sie haben ihn gern und willig in seiner nationalen Politik unterstützt, sie haben bewilligt was zur Erhaltung und Entwidolung der deutschen Institutionen notwendig war. Als die Vertreter des freisinnigen Deutschen Bürgerthums sind sie aber auch eingetreten für die Rechte des Deutschen Volks und seiner Abgeordneten, sie sind eingetreten für eine sparsame, den Verhältnissen des Reiches entsprechende Finanzverwaltung.

Der Reichszähler und die Bundesregierungen werden bei der Durchführung der großen Reformen, welche wir Alle erstreben, der Mitwirkung des freisinnigen Deutschen Bürgerthums und seiner Vertreter nicht entbehren können; sie werden dieselbe erhalten, wenn sie die berechtigten und verfassungsmäßigen Forderungen derselben berücksichtigen.

Die Deutschen Wähler aber mögen am 30. Juli durch ihre Stimmen bekunden, daß sie vertreten sein wollen nach wie vor durch Männer, welche tren stehen zu Kaiser und Reich, welche gern und willig die nationale Politik des Fürsten Bismarck unterstützen, welche gleichzeitig aber auch besonnen und fest eintreten für die Rechte und Freiheiten des Deutschen Volkes!

Als Solchen empfiehlt den

Oekonomierath O. Hauburg in Berlin

das liberale Wahlcomité des Elbing-Marienburgcr Wahlkreises.